

John Maynard Keynes

Das Ende des Laissez-Faire Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft

(Auszug Abschnitt III)

III.

Wir wollen nunmehr gründlich mit den metaphysischen und allgemeinen Prinzipien aufräumen, auf die man von Zeit zu Zeit das Laissez-faire immer wieder aufbaut. Es ist nicht wahr, dass jedes Individuum eine vorgeschriebene »natürliche Freiheit« seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Es gibt keinen »Vertrag«, der denen, die schon besitzen oder die noch erwerben, ewige Rechte überträgt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, dass private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Sie wird von unten her nicht so verwaltet, dass diese beiden Interessen in praxi zusammenfallen. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt nicht, dass der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt. Es ist auch nicht wahr, dass der Egoismus im Allgemeinen immer aufgeklärt ist, meistens sind die Individuen, die einzeln ihre egoistischen Interessen verfolgen, zu unwissend oder zu schwach, um auch nur diese zu erreichen. Die Erfahrung lehrt nicht, dass Individuen, die sich zu einer gesellschaftlichen Gruppe zusammenschließen, immer weniger klarsichtig sind, als wenn sie einzeln handeln.

Wir können das, was Burke »eines der subtilsten Probleme der Gesetzgebung« genannt hat, »nämlich die Bestimmung darüber, was der Staat selbst auf sich nehmen muss, um die allgemeine Vernunft zu leiten, und was er unter möglichst geringer Einmischung dem Tun des Individuums überlassen soll«¹⁸ nicht nach abstrakten Theorien entscheiden, sondern müssen es nach seinem Wert im Einzelnen durchgehen. Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was Bentham in seiner vergessenen, aber nützlichen Nomenklatur Agenda und Non-Agenda genannt hat, aber ohne die Annahme Benthams, dass jede Staatseinmischung sowohl »ganz zwecklos« als »ganz schädlich« sei¹⁹ Es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der heutigen Nationalökonomien, von neuem zwischen den Agenda und den Non-Agenda des Staates zu unterscheiden; parallel damit geht die Aufgabe der Politik, im Rahmen der Demokratie Staatsformen zu finden, welche der Übernahme der Agenda gewachsen sind. Ich will an zwei Beispielen erläutern, was ich meine.

1.

Ich glaube, dass die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, dass der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; – Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden – wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muss –, Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen.

Ich schlage also gewissermaßen eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen selbständiger Autonomien vor. Aber Körperschaften sind, wenigstens in England, eine Regierungsform, die niemals aufgehört hat, wichtig zu sein, und die mit unseren übrigen

Einrichtungen gut zusammenstimmt. Es ließen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben – die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, vielleicht sogar die Eisenbahngesellschaften. In Deutschland gibt es gewiss analoge Beispiele.

Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben, bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Korporation annähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Eine der wenigst bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmungen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt ein Moment – besonders bei großen Eisenbahnunternehmungen oder einem großen gemeinnützigen Unternehmen, aber auch bei Großbanken oder großen Versicherungsgesellschaften –, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, dass das unmittelbare persönliche Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekommt.

Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufrieden geben; sind die Dividenden erst gesichert, so hat die Verwaltung oft nur noch das unmittelbare Interesse, jede Kritik der Öffentlichkeit und der Kunden zu vermeiden. Dies gilt vornehmlich für die Fälle, in denen das Unternehmen durch seine Größe oder seine halbmonopolistische Stellung stark exponiert ist, zumal wenn es durch öffentliche Angriffe leicht geschädigt werden kann. Vielleicht das extremste Beispiel dieser Tendenz bietet eine theoretisch rein in Privatbesitz befindliche Institution, nämlich die Bank von England. Man könnte beinahe sagen, dass der Gouverneur der Bank von England bei seinen geschäftlichen Entscheidungen an keine Menschengruppe im ganzen Königreich weniger denkt als an seine Aktionäre. Ihre Rechte, die über die Entgegennahme angemessener Dividenden hinausgehen, sind fast gleich Null. Das Gleiche gilt bereits in gewissem Maße auch für viele andere große Unternehmungen. Mit der Zeit beginnen sie sich selbst zu sozialisieren.

Nicht als ob dies ein ganz reiner Gewinn wäre. Dieselben Triebkräfte führen zu starkem Festhalten am alten Konservativismus und tragen zum Verschwinden des Unternehmungsgeistes bei. Tatsächlich sehen wir heute schon in diesen Fällen viele der Fehler wie der Vorzüge des Staatssozialismus. Dennoch halte ich diese Tendenz für die natürliche Entwicklungsrichtung. Der Kampf des Sozialismus gegen den unbeschränkten Privatprofit erringt im Einzelfall Sieg auf Sieg. Auf diesem speziellen Gebiet – auf anderen Gebieten bleibt er auch weiter akut – ist er kein brennendes Problem mehr. Es gibt beispielsweise keine so genannte wichtige politische Frage, die in Wirklichkeit so unwichtig und gleichgültig für den Wiederaufbau des englischen Wirtschaftslebens wäre, wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Allerdings wird man in Zukunft viele große Unternehmungen und andere, die viel fixes Kapital gebrauchen, halb sozialisieren müssen. Aber in Bezug auf die Formen dieser Halbsozialisierung müssen wir uns eine gewisse Elastizität vorbehalten. Wir müssen uns den natürlichen Zug der Zeit voll zunutze machen und vermutlich halb autonomen Körperschaften den Vorzug geben vor den Organen der Zentralregierung, die der unmittelbaren Verantwortlichkeit der Minister unterstehen.

Ich tadle den doktrinären Staatssozialismus nicht deshalb, weil er die altruistischen Triebe der Menschen in den Dienst der Gesellschaft stellen will, oder weil er sich von dem Laissez-faire abwendet, oder weil er dem Menschen die Freiheit nimmt, eine Million zu verdienen, oder weil er den Mut zu kühnen Experimenten aufbringt. Alle diese Dinge kann ich nur gutheißen. Ich tadle ihn, weil er die Bedeutung der aktuellen Ereignisse verkennt, weil er in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als das verstaubte Überbleibsel eines Planes, der auf die Lösung der Probleme von vor fünfzig Jahren zugeschnitten war und sich auf einem Missverständnis dessen aufbaut, was jemand vor hundert Jahren gesagt hatte. Der Staatssozialismus des neunzehnten Jahrhunderts nahm seinen Ursprung von Bentham, der freien Konkurrenz usw., und ist eine in mancher Hinsicht klarere, in mancher Hinsicht verworrenere Version genau der gleichen Philosophie, die dem Individualismus des neunzehnten Jahrhunderts zugrunde liegt. Beide legten den größten Nachdruck auf die Freiheit – der eine negativ, um Beschränkungen der bestehenden Freiheit zu verhindern, der andere positiv, um natürliche oder erworbene Monopole zu zerstören. Beide sind verschiedene Reaktionen auf die gleiche geistige Atmosphäre.

2.

Ich komme jetzt zu einem Kriterium der Agenda, das für die in nächster Zukunft besonders dringlichen und wünschenswerten Angelegenheiten außerordentlich wichtig ist. Wir müssen danach streben, die technisch sozialen Dienste von den technisch individuellen Diensten zu trennen. Die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, dass er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern dass er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden.

Es liegt nicht in meiner Absicht, an dieser Stelle praktische Vorschläge zu entwickeln. Ich beschränke mich daher auf die Erläuterung meiner Ansicht an einigen Beispielen, die ich aus den Problemen herausgreife, über die ich besonders viel nachgedacht habe.

Viele der größten wirtschaftlichen Übel unserer Zeit entstehen aus Risiko, Unsicherheit und Unwissenheit. Teils dadurch, dass manche durch Glück oder Naturanlagen besonders begünstigte Individuen in der Lage sind, aus der Unsicherheit und Unwissenheit der anderen Kapital zu schlagen, teils weil das Geschäft schon aus diesem Grunde häufig ein Lotteriespiel ist, entstehen die großen Ungleichheiten im Besitz, die gleichen Faktoren verschulden auch die Arbeitslosigkeit, die Enttäuschung gerechtfertigter geschäftlicher Erwartungen und den Niedergang von Arbeitskraft und Produktion. Das Heilmittel gegen diese Übel liegt aber außerhalb des individuellen Tätigkeitsbereichs, ja es kann sogar im Interesse des Individuums liegen, die Krankheit noch zu verschlimmern. Ich glaube, dass das Heilmittel zum Teil in der wohlüberlegten Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen durch eine zentrale Einrichtung, zum Teil in der Sammlung und weitesten Bekanntmachung geschäftlicher Statistiken liegt, einschließlich der vollen Publizität aller wissenswerten geschäftlichen Tatsachen, die, wenn nötig, gesetzlich erzwungen werden müsste. Durch diese Maßnahmen wäre die Gesellschaft in der Lage, durch entsprechende Organe die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft zu übernehmen, doch ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist durch sie angetastet würden. Sollten sich diese Maßnahmen auch als unzureichend erweisen, so werden sie uns zum mindesten doch bessere Anhaltspunkte dafür geben, welche Schritte wir in Zukunft zu unternehmen haben.

Mein zweiter Vorschlag betrifft die Ersparnisse und die Kapitalanlagen. Ich glaube, dass wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in

dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen, ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt. Ich glaube, man sollte diese Dinge nicht ganz und gar dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinns überlassen, wie es heutzutage der Fall ist.

Mein dritter Vorschlag betrifft die Bevölkerung. Die Zeit ist heute schon gekommen, wo jedes Land nationale Überlegungen darüber anstellen muss, ob seine Bevölkerungszahl kleiner oder größer werden oder stationär bleiben soll. Hat man in dieser Frage eine Entscheidung getroffen, so muss man Maßnahmen ergreifen, sie in die Tat umzusetzen. Später kommt vielleicht eine Zeit, in der die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit der angeborenen Qualität ihrer künftigen Mitglieder die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden wird wie heute ihrer Zahl.

IV.

Diese Gedankengänge zielen auf mögliche Verbesserungen der Technik des modernen Kapitalismus durch das Mittel kollektiver Betätigung ab. Sie widersprechen in nichts den meiner Meinung nach wesentlichsten Kennzeichen des Kapitalismus, nämlich seiner Abhängigkeit vom Stimulus der gelderwerbenden und geldliebenden Instinkte der Individuen als der Haupttriebfeder der Wirtschaftsmaschine. Ich kann jetzt, zum Schlusse meiner Ausführungen, nicht noch auf andere Gebiete abschweifen. Doch möchte ich Sie daran erinnern, dass die heftigsten Kämpfe und die am tiefsten empfundenen Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Jahren nicht um technische Fragen entbrennen werden, bei denen die Argumente auf beiden Seiten fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur sind, sondern um Fragen, die wir mangels eines besseren Ausdrucks als psychologische, oder vielleicht gar als moralische, bezeichnen können.

In Europa, mindestens in einigen Teilen von Europa – in den Vereinigten Staaten von Amerika verhält es sich, glaube ich, anders – hat sich eine ziemlich verbreitete latente Reaktion dagegen geltend gemacht, die Gesellschaft in dem ausgedehnten Maße, wie sie es heute tut, auf die Pflege, Unterstützung und den Schutz der Geldsucht der Einzelnen aufzubauen. Die Tatsache, dass wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten, braucht nicht ganz aprioristisch zu sein, sondern kann sich aus dem Vergleich von Erfahrungen ableiten. Bei den einzelnen Menschen spielt je nach der Wahl ihres Berufs das Geldmotiv eine große oder eine kleine Rolle, und Historiker können uns von anderen Phasen der Gesellschaftsorganisation berichten, in denen dieses Motiv eine viel geringere Rolle gespielt hat als heute. Die meisten Religionen und Philosophien verachten, um es milde auszudrücken, eine Lebensweise, die sich lediglich von Erwägungen persönlichen Geldgewinns leiten lässt. Andererseits lehnen die meisten Menschen heutzutage asketische Ideen ab und sind sich über die tatsächlichen Vorteile des Reichtums völlig klar. Es erscheint ihnen überdies ganz selbstverständlich, dass man ohne das Geldmotiv nicht auskommt, und sie finden, daß es – abgesehen von einigen zugestandenen Missbräuchen – seine Aufgabe recht gut erfüllt. Folglich beschäftigt sich der Durchschnittsmensch nicht weiter mit dem Problem und hat über das, was er eigentlich denkt und fühlt, noch über diese verflixte Materie im Ganzen, irgendeine klare Vorstellung.

Unklarheit im Denken und Fühlen führt auch zu Unklarheit der Ausdrucksweise. Viele Leute, die den Kapitalismus als Lebensgrundlage wirklich ablehnen, argumentieren so, als lehnten sie ihn nur ab, weil er unfähig sei, seine eigenen Ziele zu erreichen. Andererseits sind viele Anhänger des Kapitalismus häufig übermäßig konservativ und lehnen jede Reform der

kapitalistischen Technik, die dem Kapitalismus nur zugute käme, ab, aus lauter Angst, dergleichen könne der erste Schritt zu einer Los-vom-Kapitalismus-Bewegung sein. Immerhin mag eine Zeit kommen, wo wir uns über die Dinge klarer sein werden als heute, wo wir darüber reden, ob der Kapitalismus eine gute oder eine schlechte Technik, und ob er an sich wünschenswert oder abzulehnen ist. Ich für meinen Teil bin der Ansicht, dass ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verletzen.

Der nächste Schritt nach vorwärts wird nicht aus politischer Agitation oder unreifen Experimenten heraus erfolgen, sondern aus Überlegung... Wir müssen uns endlich verstandesmäßig über unsere Gefühle klar werden. Heute kann es vorkommen, dass unsere Sympathie und unser Verstand auf verschiedenen Seiten stehen – woraus ein schmerzlicher und lähmender Geisteszustand hervorgeht. Auf dem Felde der Tat werden Reformatoren nicht eher Erfolg haben, als bis sie ein klares und bestimmtes Ziel verfolgen, bei dem ihr Verstand und ihre Gefühle zusammen gehen. Mir scheint, dass heutzutage keine einzige Partei auf der ganzen Welt das richtige Ziel mit den richtigen Mitteln verfolgt. Materielle Armut gibt den Anstoß zu Umwälzungen gerade unter Umständen, die dem Experiment wenig Spielraum gewähren. Materieller Wohlstand lähmt diesen Antrieb gerade unter Umständen, unter denen man eine Umgestaltung wagen dürfte. Europa fehlen die Mittel, und Amerika fehlt der Wille, den ersten Schritt zu tun... Wir brauchen neue Überzeugungen, die ganz natürlich aus der ehrlichen Prüfung des Verhältnisses unserer Gefühle zu den Tatsachen der Außenwelt herauswachsen.

Anmerkungen:

18 Zitiert nach McCulloch in seinen »Principles of Political Economy«.

19 Bentham's »Manual of Political Economy«, veröffentlicht nach seinem Tode in Bowring's Ausgabe (1843).

Zitierter Text: Abschnitt III aus John Maynard Keynes (1926), Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. S. 13-33 in: Herbert Schui / Holger Paetow (Hg.): Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeld. VSA-Verlag, Hamburg 2003.